

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am**  
**13.04.2010**

---

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Kammeier

Frau Niederfranke

(bis 18:45 Uhr)

Frau Osthus

(bis 19:20 Uhr)

Herr Schön

Herr Weber

SPD

Herr Garbrecht

Vorsitzender

Frau Gündogdu

Frau Schneider

Frau Schrader

(bis 19:05 Uhr)

Herr Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober

Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann

(bis 18:20 Uhr)

Herr Spalek

(ab 18:20 Uhr)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Huber

Seniorenrat

Herr Winkelmann

Beirat für Behindertenfragen (ab 18:35 Uhr)

Stellvertretende Mitglieder

Herr Schuster (BfB)

Gäste

Herr Adams  
 Herr Radloff  
 Herr Siegeroth  
 Herr Prof. Dr. Ziegler  
 Herr Prof. Dr. Otto  
 Herr Dr. Seelmeyer

AGW  
 Arbeitplus in Bielefeld GmbH  
 Arbeitplus in Bielefeld GmbH  
 Universität Bielefeld  
 Universität Bielefeld  
 Universität Bielefeld

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
 Beigeordnete Frau Ritschel  
 Frau Schulz

Dezernat 5  
 Dezernat 3  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-  
 Gleichstellungsstelle  
 Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-  
 Stab Dezernat 5  
 Stab Dezernat 5  
 Stab Dezernat 5

Frau Buddemeier  
 Frau Schröder

Herr Wörmann  
 Herr Feix  
 Herr Kämper

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen  
 -Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Zu Punkt****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Garbrecht begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Frau Rathsmann-Kronshage schlägt vor, die Tagesordnung um den Punkt „Leistungsverträge für die Jahre 2011 ff– weiteres Vorgehen“ zu erweitern und verweist hierbei auf die CDU-Anfrage (Drucks.-Nr.0822/2009-2014). Dieser Punkt sollte nach Punkt 4 beraten werden. Die Anwesenden stimmen der Änderung einstimmig zu.

**Zu Punkt 1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 3. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 02.03.2010****Zu Punkt 8, 2. Absatz, 3. Aufzählungszeichen:**

Auf Frage von Frau Kammeier bestätigt Herr Radloff, dass ein Mindestlohn von 6,68 € gemeint ist.

**Zu Punkt 9, letzter Absatz, nach Satz 1:**

Herr Weber bittet die Protokollierung des Punktes wie folgt zu erweitern:

„Herr Weber fordert die Verwaltung auf, einen Zeitplan über das weitere Vorgehen und konkrete Maßnahmen zu dessen Realisierung im Aus-

schuss zu präsentieren.“

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 02.03.2010 wird, unter Berücksichtigung der vorgebrachten Anmerkungen, nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**

**Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1**

**Verfassungsbeschwerden gegen die Kommunalisierung von Versorgungs- und Umweltverwaltung zurückgewiesen**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.2**

**Erfahrungen mit dem Verbraucherinformationsgesetz**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.3**

**Auswirkungen der Änderung der Wohnraumförderungsbestimmungen**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.4**

**Reduzierung der zwangsweisen Unterbringungen nach PsychKG**

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die Stellungnahme der Stadt Bielefeld vom 26.02.2010 zum Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) (**Anlage 1**). Zurzeit werde ein Antrag auf Förderung eines Modellprojektes durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales (MAGS) zur Reduzierung der zwangsweisen Unterbringung von psychisch kranken Menschen vorbereitet. Für die nächste Sitzung kündigt sie einen allgemeinen Sachstandsbericht zur derzeitigen Versorgungssituation psychisch kranker Menschen an.

---

**Zu Punkt 3**            **Anfragen**

**Zu Punkt 3.1**        **Angemessene Wohnfläche im Bereich SGB II und SGB XII**  
**-Anfrage der Fraktion Die Linke vom 01.04.2010-**  
Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0821/2009-2014

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist zur Beantwortung der Anfrage auf die Mitteilung unter Punkt 2.3. Herr Dr. Schmitz wendet ein, dass sich seine Anfrage auf die Änderung der Wohnraumnutzungsbestimmungen beziehe. Beigeordneter Herr Kähler merkt an, dass bei der Feststellung der angemessenen Wohnfläche die Arbeitshilfe des MAGS angewendet werde. Geänderte Rechtslagen würden bei Bedarfsfeststellungen immer berücksichtigt. Darüber hinaus würden in Bielefeld zusätzliche Freigrenzen angerechnet, in denen oftmals die zusätzlichen 2qm bereits enthalten seien. Eine Rückwirkung auf bestehende Bescheide müsse ausdrücklich im Gesetz geregelt werden.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Weber, dass sich der SGA nicht auf juristische Spitzfindigkeiten einlassen sollte. Er empfehle die bisherige pragmatische Themenorientierung beizubehalten.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2**        **Sanktionen im Bereich SGB II**  
**-Anfrage der Fraktion Die Linke vom 01.04.2010-**  
Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0818/2009-2014

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort (**Anlage 2**).

-.-.-

**Zu Punkt 3.3**        **Aufforderungen zum Umzug im Jahr 2009**  
**-Anfrage der Fraktion Die Linke vom 01.04.2010-**  
Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0820/2009-2014

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort (**Anlage 3**).

-.-.-

**Zu Punkt 4**            **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5****Leistungsverträge für die Jahre 2011 ff -weiteres Vorgehen**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0822/2009-2014

Für die CDU-Fraktion bekräftigt Herr Weber seine Forderungen an die Verwaltung nach

- einem Zeitplan für die Verabschiedung und Beschlussfassung der Leistungsverträge ab 2011,
- konkreten Maßnahmen zur Realisierung des Zeitplans (**Anlage 4**) und
- konstruktive Ausführungen über die zur Verlängerung anstehenden Leistungsverträge

Als Mitglied der Ampel-Koalition führt Frau Rathsmann-Kronshage für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus, dass die Träger bis spätestens 30.06.2010 Planungssicherheit haben werden. Über den finanziellen Umfang sei, durch den Eckdatenbeschluss zum Doppelhaushalt 2010/2011 in der Ratssitzung am 25.03.2010, vom Rat bereits entschieden worden. Aufgrund der umfassenden regelmäßigen Berichterstattungen der Verwaltung über die Ergebnisse der Leistungsverträge, zuletzt in der SGA-Sitzung am 02.03.2010, halte sie weitere Informationen für nicht erforderlich. Bestehe noch weiterer Bedarf, sollte dieser durch konkrete Fragen formuliert werden. Herr Adams gibt zu Bedenken, dass eine Festschreibung des Finanzrahmens bis 2014 eine Kürzung des Leistungsumfangs von sechs bis acht Prozent bedeuten würde. Beigeordneter Herr Kähler betont, dass der Ratsbeschluss für die Verwaltung bindend sei. Vorsitzender Herr Garbrecht weist darauf hin, dass der Haushaltsbeschluss des Rates nicht zur Diskussion stehe. Bis 30.06.2010 würden Entscheidungen über die drei- bzw. einjährigen Vertragsverlängerungen getroffen werden. Ergänzend werde lediglich ein kommentierender Vorschlag der Verwaltung erwartet.

-.-.-

**Zu Punkt 7**

(vorgezogene Beratung)

**Entwicklung bei der Neufassung des SGB II -aktueller Sachstand-**

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist auf die mit der Einladung verschickten und als Tischvorlage (**Anlage 5**) verteilten Informationen. Beigeordneter Herr Kähler erläutert die Ergebnisse der Projektgruppe. Fragen von Herrn Weber und Frau Rathsmann-Kronshage werden entsprechend der Tischvorlage von Beigeordneten Herrn Kähler beantwortet. Sobald die notwendigen gesetzlichen Eckpunkte vorlägen, werde die Verwaltung die Beteiligung der Ausschüsse vorbereiten. Er empfiehlt, die notwendigen Beschlüsse wie bisher mit großer Mehrheit zu treffen. Vorsitzender Herr Garbrecht ergänzt, dass der bundesgesetzliche Rahmen vor der Sommerpause beschlossen würde; eine Behandlung in den kommunalpolitischen Gremien solle daher erst nach der Sommerpause erfolgen. Er schlägt vor, sich zu gegebener Zeit im Rahmen der interfraktionellen Arbeitsgruppe mit dem Thema auseinander zu setzen.

-.-.-

**Zu Punkt 8**  
(vorgezogene Beratung)

**Umsetzungsstand Jib & Job**

Herr Siegeroth erläutert den Umsetzungsstand des Projektes Jib & Job (**Anlage 6**). Zu Fragen von Frau Osthus, Frau Cascante-Maristany, Frau Schrader, Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Geilhaar führt Herr Siegeroth folgendes aus:

- Die von der Handwerkskammer veröffentlichte Zahl von 50.000 freien Ausbildungsplätzen beziehe sich auf das gesamte Bundesgebiet und sei regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. In Bielefeld gestalte sich die Situation so, dass viele Jugendliche nicht die Voraussetzungen für freie Ausbildungsplätze erfüllten.
- Zur Vermeidung von Doppelstrukturen bei Projektförderungen arbeite das Jugendhaus eng mit allen Bielefelder Schulen zusammen. Projekte des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) würden über die Jugendhilfe abgewickelt und vom Jugendhaus koordiniert. Darüber hinaus gebe es immer wieder autonome Programme anderer Ministerien; das Jugendhaus bemühe sich, sie mit vorhandenen Angeboten zu verknüpfen.

**Seitens der Arbeitplus in Bielefeld GmbH wird im Nachgang zur Sitzung Folgendes ermittelt:**

**Im Agenturbezirk Bielefeld (inkl. Gütersloh) waren am 14.04.2010 für das Ausbildungsjahr 2010 insgesamt noch 487 Ausbildungsplätze als unbesetzt bei der Agentur für Arbeit gemeldet. Laut Aussage der Kammern lag die Abbruchquote von Ausbildungen im Jahr 2009 bei ca. 20% der in dem Jahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Laut Befragung der IHK zum Ausbildungsmarkt 2010 beabsichtigten 14% der Unternehmen mehr Auszubildende einzustellen, 56% werden gleich bleibend ausbilden, aber 30% planen die Zahl der Ausbildungsplätze zu verringern.**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Bericht über die Studie zum Thema: "Alleinerziehende und Familien mit Kindern"**  
**-Kooperationsprojekt von Arbeitplus in Bielefeld GmbH, REGEmBh, Stadt Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaften und Kompetenzzentrum Soziale Dienste-**

Prof. Dr. Ziegler präsentiert die Ergebnisse der Studie „Arbeitslos mit Kindern – Bewältigungsstrategien und institutionelle Unterstützung“ (**Anlagen 7 und 8**). Der Endbericht der Studie ist unter [www.arbeitplus-bi.de](http://www.arbeitplus-bi.de) einsehbar.

Zu einzelnen Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Dr. Schmitz, Frau Cascante-Maristany, Frau Schrader, Herrn Weber und Herrn Schuster führen Herr Dr. Seelmeyer und Prof. Dr. Ziegler u. a. aus, dass sich von 3.000 angeschriebenen Personen 300 Personen bereit erklärt hatten, an einem zweistündigen Interview teilzunehmen. Durch die vorher festgelegten Indikatoren könne diese Befragung als repräsen-

tativ bewertet werden. Die wahrheitsgemäße Beantwortung sei durch eingebaute Kontrollfragen überprüft worden. Aufgrund des Einwandereranteils (50% der Befragten) seien die Antworten im Auswertungsprozess zunächst getrennt betrachtet worden. Diese differenzierte Betrachtung habe aber zu keinen unterschiedlichen Ergebnissen geführt; das Datenmaterial sei deshalb als Ganzes ausgewertet worden.

Prof. Dr. Otto weist daraufhin, dass Alleinerziehende und Familien mit Kindern im Fokus übergreifender Vorurteile stünden. Um die Ressourcen dieses Personenkreises freisetzen zu können, müssten diese differenziert betrachtet werden. Es herrsche eine hohe Arbeitsbereitschaft; demgegenüber fehlten geeignete Arbeitsplätze. Die vor diesem Hintergrund heranwachsenden Kinder müssten so gefördert werden, dass sie sich zu „zivilbürgerlichen Erwachsenen“ entwickeln könnten. Auf politischer Ebene solle dabei berücksichtigt werden, dass Sozialpolitik nicht identisch mit Bildungspolitik sei. Prof. Dr. Otto schlägt den Mitgliedern vor, ihnen die komplette Studie zur Verfügung zu stellen und auf dieser Basis eine weitergehende Diskussion in den Räumen der Universität Bielefeld zu führen. Die Mitglieder befürworten dieses Angebot.

Aus Sicht der Arbeitplus in Bielefeld GmbH erklärt Herr Radloff, dass das Ergebnis der Studie einen guten Ansatz zur Erweiterung der sozialpädagogischen Kompetenz in den Beratungsteams darstelle. Die gesetzlichen Vorgaben müssten bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen jedoch berücksichtigt werden. Zurzeit gebe es nicht genügend familienfreundliche Stellenangebote.

Vorsitzender Herr Garbrecht fasst abschließend zusammen, dass mit dem Ausbau von Unterstützungsleistungen für Alleinerziehende und Familien mit Kindern ein Rahmen geschaffen werden müsse, der eine Arbeitsaufnahme ermögliche. Die hohe Anzahl von verschuldeten Haushalten verdeutliche den Bedarf an Beratungsleistungen im Bereich des Schuldenabbaus. Nach Mitteilung von Beigeordnetem Herrn Kähler sei das Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- bereits dabei, ein passgenaues Verfahren für die Kontaktaufnahme von verschuldeten Personen mit der Schuldnerberatung zu erarbeiten.

---

## Zu Punkt 9

### **Benchmarking der mittelgroßen Großstädte in Nordrhein-Westfalen** **Kennzahlenvergleich SGB XII 2008**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0328/2009-2014

vertagt

---

**Zu Punkt 10**      **Bericht des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- zur Umsetzung des Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz -WTG) 2009**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0726/2009-2014

vertagt

---

**Zu Punkt 11**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

---

Vorsitzender Herr Garbrecht stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.